

Nina Abedin-Zadeh, Matrnr.: 9950821
Sabine Bandat, Matrnr.: 0009489
Brigitte Dworak, Matrnr.: 7450033
Susanne Flesch-Blachnik, Matrnr.: 9307011
Marijana Ilic, Matrnr.: 0108052
Daniela Kalt, Matrnr.: 9907395
Thomas König, Matrnr.: 9401921
Romana Lanzerstorfer, Matrnr.: 0109434
Erik Tajalli, Matrnr.: 9509554

Netzwerke parastaatlicher Akteure: Transnationale Unternehmen und NGOs

I. Non-Governmental Organisations - NGOs

Die Rolle von NGOs wird in dem Kontext sich verändernder Staatlichkeit erforscht. In einer globalisierten Welt, in der staatliche Regierungen an Bedeutung verlieren, werden NGOs eine zunehmende Bedeutung beigemessen. Ulrich Brand vertritt die These, dass angesichts umfassender Veränderungen eine Krise etablierter Formen der Repräsentanz gesellschaftlicher Interessen zu beobachten ist. Es scheint daher plausibel, NGOs als Ausdruck und Teil dieser Krise zu verstehen. Nichtsdestotrotz wurde spätestens fünf Jahre nach Rio, zur Auswertungskonferenz der UNCED im Juni 1997 in New York deutlich, dass NGOs nicht zur „Lösung“ internationaler Probleme beitragen können.¹ Welche realen Gestaltungsmöglichkeiten bestehen nun für NGOs?

1. Begriffsdefinition

¹ Brand, Ulrich (2000) *Nichtregierungsorganisationen, Staat und ökologische Krise*. Münster. S. 8.

NGOs wurden und werden immer noch von Medien als die neuen Hoffnungsträger im Zusammenhang mit „gerechter Globalisierung“ gesehen. Der "Spiegel" schreibt ihnen die "Macht der Mutigen" (Spiegel Special 11/1995) zu, die "Zeit" bezeichnet sie als die "neue Internationale" von über die nationalstaatlichen Grenzen hinweg vernetzten Organisationen (25.8.1995), die "Financial Times" definiert sie als die "Netzwerk-Guerilla" in Aktion oder beschreibt ihr Engagement als *"Globalization's children strike back"* (10.9. 2001).

Die wissenschaftliche Beschäftigung mit NGOs ist eine noch junge Disziplin, obwohl das Phänomen der NGOs schon älter ist. Bereits im 19. Jhdt. traten NGOs wie Foreign Anti-Slavery Society (1823), der Weltpostverein (1874) und Das Rote Kreuz (1864) an das Licht der Welt. Heute genießen NGOs aber einen besonders guten moralischen Ruf. Laut der Shell Jugendstudie 1997 zu gesellschaftlichem Engagement und politischer Orientierung wird NGOs mehr Glaubwürdigkeit geschenkt als anderen öffentlichen Akteuren; sie schnitten vor allem deutlich besser ab als Parteien. Markenzeichen von NGOs ist wohl „das Streben nach uneigennütigen Zielen unabhängig von Staat, Parteipolitik und Wirtschaft“ geworden. Vor allem im Jahre 2000 erlebten die NGOs eine ungeheure Aufwertung seitens der internationalen Gemeinschaft als die UNO zum ersten themenübergreifenden Treffen einlud und ihnen bei Bedarf Konsultativstatus (Vortrags- und Zugangsrecht) eingestand.

Die Bezeichnung NGO besteht bereits seit 1948, wo verschiedensten NGOs ein formaler Konsultativstatus im Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) der UNO zugestanden wurde. Die Vereinten Nationen fassen unter dem Begriff „Non-Governmental“ alle nicht-staatlichen Verbände zusammen, also auch Lobbyverbände der Industrie, der Gewerkschaften etc.

Allerdings haben die gesellschaftlichen Veränderungen auch eine Reihe neuer begrifflicher Fassungen mit sich gebracht. Häufig fallen begriffliche Konzeptualisierungen und empirisch erarbeitete Einsichten stark auseinander. Bei näherer Untersuchung des NGO-Phänomens fällt auf, dass – obwohl wiederholt auf die Vielfalt der neuen Akteure hingewiesen wird – eine häufige Annahme über deren Homogenität besteht. Laut dieser Annahme verfügen NGOs bei aller Vielzahl und

Vielfalt über einen Basiskonsens oder bemühen sich zumindest diesen herzustellen. Schon die Rede von der „NGO Gemeinde“ weist auf die Suche nach Gemeinsamkeiten hin.

Zwar hat sich in den letzten Jahren eine eigene sozialwissenschaftliche Forschungsrichtung entwickelt, die das Thema NGOs erforscht, bisher ist es aber zu keiner Auflösung des „terminologischen Wirrwarrs“ rund um den Begriff gekommen. Elmar Altvater bezeichnet NGOs als „*Organisationen mit einem Schwerpunkt auf sozialpolitischen Fragen wie Asyl-, Menschenrechts- oder Entwicklungspolitik oder auf umweltpolitischen Themen wie Klimawandel, Verlust an Biodiversität oder Regenwaldabholzung.*“ Weiters sind sie keine Autofahrerlobby, keine religiöse Gemeinschaft, keine Partei, keine Arbeitnehmer- oder Arbeitgeberinteressenvertretung sondern beanspruchen allgemeine und universelle Gesellschaftsinteressen wahrzunehmen.² Damit entfernt er sich von der Definition der UNO, die NGOs als alle nicht-staatlichen Organisationen betrachtet. Eine engere Definition von NGOs sieht diese durch folgende Kriterien gekennzeichnet:³

- NGOs sind freiwillige Zusammenschlüsse;
- sie sind parteipolitisch unabhängig;
- nicht an wirtschaftlichem Gewinn orientiert;
- nicht an Eigeninteressen der Mitglieder oder der Zielgruppe im Sinne von berufsständischen oder „special interests“ orientiert;
- nicht exklusiv (ethnisch, national, religiös etc.)
- sie haben einen inhaltlichen Bezug zu Problemen, die von alten und neuen sozialen Bewegungen thematisiert werden.

NGOs werden allerdings nicht nur im lokalen oder nationalen Rahmen tätig sondern agieren auch auf internationaler und globaler Ebene. Der Begriff der „Nichtstaatlichen *Internationalen* Organisation“ trägt dem Rechnung. Nichtstaatliche internationale Organisationen sind Organisationen deren Gründungen nicht auf

² Altvater, Elmar/ Achim Brunnengräber (2002) NGOs im Spannungsfeld von Lobbyarbeit und öffentlichem Protest, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 6-7, 2002

³ Walk, Heike/ Brunnengräber, Achim/ Altvater, Elmar (1997) *Einleitung*. In: Altvater, Elmar/ Brunnengräber, Achim/ Haake, Markus/ Walk, Heike (Hrsg.) Vernetzt und Verstrickt. Nicht-Regierungs-Organisationen als gesellschaftliche Produktivkraft. Münster. 10-25. S. 13.

zwischenstaatliche Vereinbarungen zurückzuführen sind. Die Mitglieder müssen aus mindestens drei verschiedenen Ländern stammen, die Organisation muss in mindestens drei Ländern tätig sein, sowie ein wesentlicher Anteil ihrer Finanzierung muss aus mindestens drei Ländern fließen.

2. Theoretische Ansätze

Um NGOs adäquat zu analysieren, müssen zuerst Konzepte beleuchtet werden, deren untrennbaren Bestandteil NGOs bilden. Man muss sich mit Begriffen wie Zivilgesellschaft, Governance etc. auseinandersetzen: neue Konzeptionen, die jedoch sehr dazu beitragen können das Thema NGOs oder besser, „NGO-isierung“ von seiner positiven als auch seiner negativen Seite verstehen zu lernen. Erst sollen aber die klassischen Theoriefelder der Politikwissenschaft beleuchtet und der Frage nachgegangen werden, wie weit in ihnen NGOs eine Rolle spielen (können).

Theoretische Ansätze helfen bei der systematischen Erforschung des NGO-Phänomens. Die **Dritte Sektor Forschung** nimmt NGOs zur Kenntnis und subsumiert sie unter dem was nicht „Markt“ und nicht „Staat“ ist. Durch ihre spezifische Fragestellung nach der volkswirtschaftlichen Bedeutung des Dritten Sektors schließt sie die Bedeutung von NGOs als politische Akteure jedoch von vornherein aus. Die **Bewegungsforschung** untersucht nur bestimmte NGOs, nämlich jene, welche dem Typus der Bewegungsorganisation unterzuordnen sind. NGOs werden als „Erben“ oder „zeitweise Platzhalter“ sozialer Bewegungen verstanden.⁴ Die **Korporatismusforschung** konzentriert sich auf Großverbände und nimmt NGOs großteils gar nicht zur Kenntnis. Jene NGOs, die sich zu korporatistischen Großverbänden entwickelt haben, könnten jedoch innerhalb dieses Ansatzes untersucht werden. **Policy-Forschung** und **Netzwerkanalyse** thematisieren das NGO Phänomen nur am Rande. Trotzdem haben deren Annahmen und Konzepte – genauso wie jene der **Regimetheorie** – zunehmenden Einfluss auf die NGO-Forschung.

⁴ Brand, a.a.O., 59.

3. Zivilgesellschaftliche Konzepte

Im „Lexikon der Politik“ wird Zivilgesellschaft als *„Begriff für den intermediären Bereich öff. Lebens zwischen Individuum und Staat“* definiert.⁵ Durch den *„die Zivilgesellschaft kennzeichnende(n) Pluralismus von freiwilligen Vereinigungen, Gruppen, Organisationen und Netzwerken der Organisation, Artikulation und Durchsetzung von Interessen“* wird die Verwirklichung und der Schutz der Bürgerrechte gewährleistet.

Zivilgesellschaftliche Konzepte und der damit zusammenhängende zivilgesellschaftliche Diskurs tauchten vermehrt in den 90er Jahren auf. Sie verstehen das Individuum als Zentrum „politischen“ Handelns oder besser gesagt als Zentrum politischen und solidarischen Engagements. Dieses Individuum schwört nun mit der Affirmation privaten, solidarischen Engagements ehemals wichtigen Aspekten wie z.B. staatlicher Unterstützung und sozialer Sicherheit ab. Da der defizitär gewordene Staat keine Sozialleistungen mehr zahlen kann, werden Familie, Nachbarschaft, ehrenamtliche Tätigkeiten, weniger öffentliche Struktur, weniger kollektive Sicherheit zu Schlagworten des zivilgesellschaftlichen Diskurses. Diese neuen Formen der politischen Artikulation und Partizipation der Bürger/Innen, die sich immer stärker von traditionellen Formen politischer Beteiligung abwenden, sind auch an der international sinkenden Wahlbeteiligung, an der Erosion traditioneller Parteien und ihrer sinkenden Mitgliederzahlen festzumachen. Zunehmend spricht man auch von „flexibler Regulierung“, welche die gesetzlichen Normen ersetzen soll. Staaten sollen also nicht nur von staatlichen Institutionen verwaltet werden sondern auch von nationalen, regionalen und lokalen Behörden und von der Zivilgesellschaft,⁶ die nicht nur über staatliches Handeln wachen sondern auch aktiv daran beteiligt sein soll. Die verschiedenen Ebenen nicht-hierarchisierter Gewalt sollen gemeinsam Politiken vorschlagen, ausarbeiten und umsetzen (wie namhafte Politiker wie z.B.: Romano Prodi einfordern). Das Ergebnis einer solchen Entwicklung hin zu immer größerer zivilgesellschaftlicher Verantwortung jedes einzelnen Bürgers bei gleichzeitiger Reduzierung (bzw. Aushöhlung) des Staates bzw. der Auslagerung politischer Verantwortung an „private“ Akteure soll sozusagen die „Demokratisierung

⁵ Nohlen, Dieter (Hg.) (o.J.) *Lexikon der Politik*, Bd. 7: Politische Begriffe, München. Schlagwort: „Zivilgesellschaft“.

der Demokratie“ sein. Es steht also jedem/r BürgerIn frei, sich zu vernetzen und zu organisieren, um somit der Gestalter des eigenen Schicksals zu werden. Einstige Hürden wie z.B. der erschwerte Zugang zu Parteien etc. sind nun beseitigt, denn Hauptakteur politischen Handelns ist die Zivilgesellschaft, die sozusagen jedem eine Gratis-Eintrittskarte in ihr Reich von „Organisations- und Rechtsgleichheit“ bietet. Die Demokratie wird demokratisiert.

Zivilgesellschaftliche Demokratisierungspotentiale sind etwa der Schutz vor Übergriffen des Staates in die Privatsphäre, Beobachtung und Kontrolle staatlicher Macht, demokratisch-partizipatorische Sozialisierung bzw. die Rekrutierung demokratischer Eliten für staatliche Entscheidungsinstanzen, Herstellung von Öffentlichkeit bzw. von Kanälen für die Erzeugung und Artikulation gemeinschaftlicher Werte, Demokratisierung auf lokaler Ebene, Konfliktmanagement (aktive politische Kultur "zivilisiert" Konfliktaustragung).⁷

Die fundamentale Rolle bei diesem Vorhaben der Demokratisierung geht an NGOs, die der sichtbarste institutionelle Ausdruck von Zivilgesellschaft zu sein scheinen. EU-Kommissar Pascal Lamy (der paradoxerweise seit Seattle 1999 die stärkere Einbeziehung von NGOs in Entscheidungsfindungsprozesse fordert) meint, dass „NGOs und die Zivilgesellschaft zur Legitimation beitragen“ können „indem sie verschiedene Kanäle der Aktivität (z.B.: Mobilisierung oder einfach nur juristische oder technische Unterstützung) bieten und damit auf Anforderungen neuer sozialer Mittler reagieren, die nirgendwo sonst auf Resonanz stoßen.“ NGOs sollen Gruppen wachsender BürgerInnen und ExpertInnen vereinigen und somit den „Radius demokratischer Politik“ erweitern bzw. gleichzeitig dafür sorgen dass Öffentlichkeit, Partizipation und Einflussnahme auf internationalem Terrain hergestellt wird.

Im Gegenzug für ihr meist ehrenamtliches Engagement verstehen sich die an den Aktivitäten der NGOs Beteiligten (oft sind sie nicht einmal Mitglieder in den NGOs und bezahlen keine Beiträge, was auch ein wichtiges Unterscheidungsmerkmal zu klassischen Formen politischer Partizipation wie z.B. in Parteien und Gewerkschaften darstellt) als Teilnehmer einer neuen sozialen Bewegung, die unabhängig von

⁶ Dies forderte Romano Prodi in einer Rede vor dem Europaparlament, 15.2.2000.

⁷ Vgl. auch: *Merkel, Wolfgang/ Lauth, Hans-Joachim (1998): "Systemwechsel und Zivilgesellschaft: Welche Zivilgesellschaft braucht die Demokratie?" in Aus Politik und Zeitgeschichte" B6-7/98*

Parteien, Staat und Wirtschaft den Traum von „direkter Demokratie“ und Rechtegleichheit zu leben versucht.

4. Global Governance

Ein anderes Regulationskonzept bilden diverse Governance-Formen. Begriffe wie good governance, global governance etc. prägen den wissenschaftlichen Diskurs, wobei der „governance“-Begriff oft als Ergänzung bzw. Antithese zum „government“-Begriff definiert wird. Governance bedeutet in diesem Kontext die vermehrte Auslagerung von politischer Verantwortung und Entscheidungsfindung an Akteure der Zivilgesellschaft. Diese bilden sozusagen den Gegenpol zu der von transnationalen Konzernen etc. beherrschten, „ungerecht“ globalisierten Welt. Doch zunehmend wird Kritik an „alternativen Konzeptionen“ zur neoliberalen Globalisierung, wie zum Beispiel dem Aufbau von governance-Formen und der damit untrennbar verbundenen Zivilgesellschaft, hörbar. Denn gerade NGOs, die oft versuchen die Auswirkungen neoliberalen Wirtschaftens und Politikmachens zu lindern, verwandeln sich in den verlässlichsten Stützpfeiler dieses Systems und fungieren als Privatunternehmen, die sich auf „humanitäre Aufgaben“ spezialisiert haben. In manchen governance-Ansätzen ist die Nähe zum ökonomischen Gedankengut des Neoliberalismus unübersehbar: Verantwortlichkeit, Sichtbarkeit, Effizienz⁸ sind die Schlagworte dieser Ansätze. Um diesen Prämissen gerecht zu werden, wird auf ökonomisch günstige d.h. kosteneffiziente Weise Politik gemacht: interne Kosten öffentlicher Verwaltung werden reduziert, indem man sie an private Akteure bzw. an die Zivilgesellschaft auslagert. Damit schlägt man drei Fliegen mit einer Klappe: öffentliche Ausgaben werden beseitigt, der private Profit erhöht und der Interventionsspielraum der Bürger bei der Verwaltung öffentlicher Interessen ausgeklammert. Kritische Theorien zu NGOs nehmen diese Problematik zum Ausgangspunkt.

Die Global-Governance Forscher von der „Stiftung Entwicklung und Frieden“ sehen dennoch nach wie vor wichtige Impulse von NGOs ausgehen, besonders für

das Ziel der Demokratisierung der internationalen Politik. Ein wesentliches Merkmal der NGOs als global player sind ihre Eigenschaften, eine höhere moralische Bewertung zu erfahren und eine beratende Funktion in verschiedenen Bereichen der Weltpolitik zu erlangen. Dagegen schlagen zwei Defizite zu Buche: Zum einen ist der Einfluss auf die „harten Fragen“ der internationalen Politik gering – hier sind nach wie vor die klassischen staatlichen oder überstaatlich gegründeten Institutionen von größerer Bedeutung, ebenso wie die Eliten und Interessen der Industriestaaten selbst. Zum anderen unterliegen NGOs einem Legitimationsproblem. NGOs werden nicht gewählt. *„Insofern entbehren sie selbst der klassischen demokratischen Legitimation.“*⁹

Trotz dieser Probleme ist laut Global-Governance-Theorien in mehreren Bereichen eine Institutionalisierung und Verfestigung von NGOs zu beobachten wie etwa im Menschenrechtsbereich, im Frauen- und Geschlechterbereich und im Umweltschutzbereich. Insgesamt sieht man hier die Rolle der NGOs positiv: als Teil der „anarchischen Zivilisierung“ der Weltpolitik. Diese setzt ursprünglich aus rational-ökonomischen Gründen der souveränen Staaten an. Sind aber erst einmal transstaatliche Institutionen geschaffen, so entwickelt sich ein globales Normensystem, wodurch NGOs den hegemonialen Mächten (also den einflussreichen Staaten) entgegentreten können und diesen eben globale Normen und Regeln vorzuhalten bzw. sogar aufzuzwingen vermögen.¹⁰ Daher ist es im Sinne der Global Governance auch richtig, dass NGOs in staatlicher Krisenprävention eine entscheidende Rolle spielen.¹¹

5. Entwicklungspolitische NGO-Begriffe

In der Entwicklungspolitik spielen NGOs seit jeher eine besondere Rolle. Grundlegend sind in der Debatte um NGOs die Unterscheidung zwischen Nord und Süd NGOs, zwischen einer Grassroots-Ebene und NGOs in den Empfängerländern, sowie der starke Bezug von NGOs auf staatliche Akteure.

⁹ STIFTUNG ENTWICKLUNG UND FRIEDEN (Hg.) (1999) *Globale Trends 2000. Fakten, Analysen, Prognosen*. Frankfurt/Main. S. 28.

¹⁰ STIFTUNG ENTWICKLUNG UND FRIEDEN (Hg.) (2001) *Globale Trends 2002. Fakten, Analysen, Prognosen*. Frankfurt/Main. S. 392 f.

¹¹ Ebd.: Seite 458 f.

Manfred Gladow zufolge handelt es sich bei NGOS um „*formalisierte Gebilde außerhalb von Markt und Staat, die ihre Ressourcen aus Solidaritätsbeiträgen der Gesellschaft auf der Basis von Freiwilligkeit erhalten und sie zur Bearbeitung von gesellschaftlichen Problemlagen in Kollektivgüter umformen.*“¹²

Bei dem Begriff NGOs handelt es sich laut Peter Moßmann¹³ um ein Schwammwort, das eine Vielzahl unterschiedlicher privater Organisationen umfasst. Er unterscheidet folgende Grundtypen von NGOs in den Empfängerländern von Entwicklungshilfe:

- a) NGOs als Aushängeschild für Regierungen/ Stellvertreterfunktion für den Staat;
- b) für die Basisinteressen der Mitglieder in beratender, schulender und nach außen vertretender Funktion;
- c) als Basisvertreter mit direkten und starken Beziehungen zu lokalen Gruppen;
- d) als Netzwerk der NGO-Typen b) und c);
- e) als eine von AkademikerInnen geschaffene Consulting-Tätigkeit;
- f) als Teil bzw. Fortsetzung christlicher Missionen.

Die Unterscheidung der NGO-Typen des für die Weltbank arbeitende John Clark sind in der internationalen Debatte weitgehend akzeptiert. Er unterscheidet in den Entwicklungsländern einerseits zwischen selbstorganisierten Grassroots Organizations (GOs), sie unterstützenden Grassroots Support Organizations (GRSOs bzw. Service Organizations (SOS)) und andererseits regional, national und international tätigen Advocacy Groups (AGs), die vor allem in der Ersten Welt existieren.

6. Kritische NGO Forschung

Obwohl die entwicklungspolitische Arbeit von NGOs im Öffentlichen Diskurs als durchaus effizient bewertet wird, setzen sich verschiedene Autoren kritisch mit dem

¹² Gladow, Manfred (1993) *Die Nichtregierungsorganisationen in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit*. In: Nohlen, Dieter/ Nuscheler, Franz (Hg.) Handbuch der Dritten Welt. Band 1. Bonn. S. 311.

¹³ Moßmann, Peter (1994) *Nichtregierungsorganisationen als quasi-föderale Stütze für Demokratie und relativ autonome Entwicklung?* In: Hanisch, Rolf et al. (Hg.). S. 177-191.

Wirken von NGOs auseinander. Michael Edwards und David Hulme sehen als Haupthindernis effektiven NGO-Handelns die Unfähigkeit der Akteure an, Verbindungen zwischen ihrer „micro-level“ Arbeit und dem umfassenderen System und seinen Strukturen herzustellen.¹⁴ Als Abhilfe schlagen sie vier Strategien des „scaling up“, des entwicklungspolitischen Einflusses von NGOs, vor: Die Zusammenarbeit mit Regierungen, die Verknüpfungen der Grassroots-Ebene mit Lobbying und Anwaltschaft, Anwaltschaft im Norden und wachsender Einfluss durch Organisationswachstum.

Laut Dieter Neubert fehlt es an empirischen Studien und ausreichender Untersuchung bezüglich des gesellschaftlichen Kontexts der NGO Aktivitäten. *„Die bereichsspezifischen Diskussionen führen gerade nicht zur Kritik der NGO Aktivitäten, sondern liefern Argumente, um die NGO zum entwicklungspolitischen Hoffnungsträger zu stilisieren.“*¹⁵ Der Mythos NGO wird durch Neuberts Untersuchungsergebnisse dekonstruiert: ihre Arbeit erreiche weder die Ärmsten, noch stimulierten sie selbstorganisierte und selbsttragende Prozesse. Zusätzlich zeichnen sich NGO Mitarbeiter durch eine Arbeitnehmerhaltung aus. NGOs seien damit nicht Ausdruck gesellschaftlicher Selbstorganisation, sondern das Produkt entwicklungspolitischer Förderung und dementsprechend primär den dortigen Geldgebern und nicht den Nutznießern der Maßnahmen verpflichtet. Die Entstehung von NGOs sei somit ein „angebotsgeleiteter Prozess.“¹⁶

Ulrich Brand betont die fehlende Reflexion der Akteure. Die meisten NGOs stellen einen recht dramatische Krisendiagnose an, pflegen aber dann paradoxerweise in ihrem politischen Handeln einen starken Pragmatismus. Allzu oft herrschen politische Naivität und unreflektiertes „wishful thinking.“¹⁷ Zudem spricht Brand den immer wieder angeführten Mangel der NGOs an politischer Legitimität an. Obwohl sie im Vergleich zum Staat oder zu Parteien meist nicht über einen internen

¹⁴ Vgl. Edwards, Michael/ Hulme, David (1992) *Scaling-up the developmental impact of NGOs and development in a changing world*. London.

¹⁵ Neubert, Dieter (1997) *Entwicklungspolitische Hoffnungen und gesellschaftlich Wirklichkeit. Eine vergleichende Länderfallstudie von Nicht-Regierungs-Organisationen in Kenia und Ruanda*. Frankfurt/ New York. S. 41.

¹⁶ Ebd. Seite 409.

¹⁷ Brand, a.a.O., S. 234.

demokratischen Aufbau verfügen, erhalten sie ihre Legitimität über öffentliche Anerkennung, was Matthias Kettner eine „kontextuelle Legitimität“ nennt.¹⁸

Die vielleicht harscheste Kritik an NGOs wird von Tom Holert und Mark Terkessidis vorgetragen. Sie haben sich speziell auf neuere Krisenregionen (Kosovo, Afghanistan) konzentriert und dabei eine Gemengelage an transnationalen Organisationen beobachtet, in der NGOs einen Teil ausmachen (andere sind internationale Organisationen und militärische Verbände und Schutztruppen). Dabei werden in den Krisenregionen Enklaven eingerichtet, sogenannte Sicherheitszonen. Über diese Sicherheitszonen kommen die Bewacher des Friedens selbst nie hinaus; zugespitzt formulieren Holert/Terkessidis, dass die Sicherheit, die in die bekriegten Länder von transnationalen Organisationen gebracht wird, von diesen selbst gebraucht wird. Im gesellschaftlichen Transformationsprozess, der mit dem Begriff der „Sicherheit“ auf den Punkt gebracht wird, spielen diese NGOs eine spezielle Rolle. So *„geraten die Nichtregierungsorganisationen, die sich bei Friedenssicherung und „nation-building“ immer häufiger nicht nur Einsatzregionen, sondern auch Einsatzformen mit den militärischen Interventionstruppen teilen, bisweilen auf die paramilitärische Bahn. Sie bilden die moralische Vorhut und Nachhut von militärischen Polizeiaktionen, beteiligen sich in den Krisengebieten an der symbolischen Produktion sowohl von Feindbildern als auch von Lösungsmodellen.“*¹⁹

7. Schlussbemerkungen

Die in den kritischen Betrachtungen vorgetragenen Punkte treffen, je schärfer sie formuliert sind, um so weniger die NGOs in ihrer Gesamtheit. So fallen Nichtregierungsorganisationen, die sich für die Menschenrechte in Industriestaaten und um die Einhaltung von Asylrecht einsetzen, sicher nicht unter die Zuschreibung von Holert/Terkessidis. Trotzdem wird in den kritischen Auseinandersetzungen ein wesentliches Problem in Bezug auf NGOs thematisiert, das zugleich einen zentralen Aspekt der Politikentwicklung im globalen, neoliberalen Vergesellschaftungsprozess

¹⁸ Vgl. ebd., S. 235 und Kettner, Matthias (1995) *Die Angst des Staates vorm Einspruch der Bürger. Die Legitimität von „Nichtregierungsorganisationen“ und die Medien der öffentlichen Gesellschaft*. In: Frankfurter Rundschau vom 17.10.1995, S. 12.

¹⁹ Holert, Tom/ Terkessidis, Mark (2002) *Entsichert. Krieg als Massenkultur im 21. Jahrhundert*. Köln. S. 161.

wiedergibt – die Tendenz zur Privatisierung von zentralen Bereichen öffentlicher Aufgaben und Güter und der damit einhergehende Entzug dieser Bereiche aus der demokratischen Einflussnahme und Willensbildung. Dass gerade viele NGOs es sich zur Aufgabe gemacht haben, Unprivilegierten, Diskriminierten und Verfolgten zu helfen, ändert nichts an diesem Befund.

Insgesamt kann also festgehalten werden: NGOs verstehen sich als Advokaten derjenigen, deren Stimmen im Rummel der politischen Medien untergehen. Manche betrachten sie auch als ein „Gegenüber von Markt und Staat“, welches nötig wird um im Zuge der Globalisierung von Markt und Staat verursachte Fehlentwicklungen zu korrigieren bzw. erst aufzuzeigen. NGOs vernetzen sich in der Folge und bauen als Antwort auf die Globalisierung transnationale Strukturen auf. Zum anderen fungieren sie gemeinsam mit der bereits erwähnten Zivilgesellschaft als Bestandteil des von Antonio Gramsci eingeführten „erweiterten Staates“. In Gramscis Sicht jedoch werden die Einrichtungen der Zivilgesellschaft zu Instrumenten des Establishments und damit der herrschenden Klasse.²⁰ Dieses grobe Modell könnte auch zur historischen Erklärung der NGOs dienen: Waren NGOs in Zeiten des Wohlfahrtsstaates bzw. der internationalen Reglements des Kalten Krieges wenige, aber sehr präzise Organisationen (amnesty, Rotes Kreuz ...), so tritt mit der Transformation des Staates in den Postfordismus und der zunehmend anarchischen Weltpolitik das Problem auf, dass zunehmend mehr NGOs sich zunehmend mehr Themen auf zunehmend fragwürdige Weise widmen. Dieser historische Wechsel sollte vielleicht dazu führen, den Begriff der NGOs in der Politikwissenschaft nur mehr vorsichtig zu gebrauchen; vielleicht macht es mehr Sinn, einzelne Formen von NGOs je nach Themengebiet, Selbstdefinition, Praxis und Wirkungsweise zu unterscheiden.

Zusammenfassend kann man feststellen, dass ambitionierte, ehemals an alternativen Formen der politischen Partizipation jenseits des Parteibuches interessierte private Akteure, die oftmals (tragischerweise) gerade vehement gegen Neoliberalismus auftreten und gegen seine am Zerfall des Staates orientierte Governance, im Endeffekt zu Motoren dieser von ihnen abgelehnten Entwicklung

²⁰ Deppe, Frank (2003) *Politisches Denken im 20. Jahrhundert*. Band 2: Politisches Denken zwischen den Weltkriegen, Hamburg. S. 244 ff.

wurden. Sie entsprechen genau dem Ideal wirtschafts- oder neoliberaler politischer Beteiligung, in dessen Vordergrund das zweckrational handelnde Individuum steht.

„Man muss die autonomen Werte des Individuums fördern, entwickeln und verteidigen sowie jene die mehrere Individuen gemeinsam haben und sich in organisierten Kollektivpersonen (Familien, Kommunen, Korporationen usw.) ausdrücken... Der Staat muss auf seine wesentlichen Funktionen der politischen und juristischen Ordnung reduziert werden. Der Staat muss die Verbände mit Kompetenz und Verantwortung ausstatten, indem er den Wirtschafts- und Ständeorganisationen das Recht gibt, an der Wahl der Nationalen Technischen Räte teilzunehmen. Dementsprechend wird man die Vollmachten und Funktionen, die gegenwärtig dem Parlament zugewiesen werden, begrenzen müssen. In den Zuständigkeitsbereich des Parlaments werden die Probleme fallen, die sich auf das Individuum als Staatsbürger und auf den Staat selbst als Organ der Verwirklichung und des Schutzes der höchsten nationalen Interessen beziehen; in die Kompetenz der Nationalen Technischen Räte werden die Probleme fallen, die sich auf verschiedene Formen der Aktivität der Individuen in ihrer Eigenschaft als Produzenten beziehen.“

Dies ist ein Zitat Mussolinis, welches uns deutlich zu machen versucht, dass die heutigen Ideen von individuellem Verantwortungsbewusstsein und des danach ausgerichteten privaten Engagements oder – anders formuliert – der Ausgliederung ehemals von Staaten wahrgenommener öffentlicher Funktionen an Private nicht unbedingt an Demokratie und deren „Demokratisierung“ festhalten müssen sondern durchaus fähig sind, sich Formen totalitärer Herrschaft anzupassen, deren größter Feind eigentlich die Verwirklichung des Individuums ist.²¹

²¹ Vgl. Brown, John (2001) Governance- oder die politische Konstitution des Neoliberalismus in: SOZ-Sozialistische Zeit ung Nr.11 vom 23.05.2001, Seite 7

II. Transnationale Unternehmen

1. Definition und Zahlen

Transnationale Unternehmen (auch multinationale Konzerne, TNC: Transnational Corporations) sind Konzerne, die über mehrere Nationen verteilt sind. Sie sind in mehreren Geschäftsbereichen (Handel, Vertrieb, Herstellung, Forschung und Entwicklung) außerhalb ihres Heimatlandes involviert und stützen sich finanziell auf Unternehmen in zwei oder mehr Ländern. Dieser Definition entsprechen gemäß des „World Investment Reports 1997“ der UNO-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD) über 45.000 Konzerne. Die Mehrzahl der Unternehmen hat ihren Sitz in den USA, der EU oder in Japan. Zu den führenden hundert TNCs hat es außerhalb dieser Triade nur der südkoreanische Konzern Dawoo geschafft. Kaum ein transnationales Unternehmen ist staatenlos; der Stammsitz befindet sich meistens in einem bestimmten Land, mit dessen nationaler und kultureller Identität es verwurzelt ist.

Es ist wichtig, sich zu vergegenwärtigen, dass TNCs kein ausschließlich modernes Phänomen sind. Erste Transnationale Unternehmen – wie z.B. die britische Ostindienkompanie – wurden schon Ende des 18. Jahrhunderts gegründet und erwiesen sich als starke Triebkräfte bei der konkreten Ausformung imperialer Politik der Kolonialmächte.²²

Die finanzielle Potenz der TNCs übertrifft jene vieler Nationalstaaten. Bei einem Vergleich der hundert stärksten ökonomischen Strukturen fällt auf, dass 51 TNCs und nur 49 Nationalstaaten in dieser Liste aufscheinen. So übertrifft etwa laut Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen der Konzernumsatz von General Motors das BIP von Dänemark.

Über zwei Drittel des Welthandels wird von TNCs bestritten. Die wirtschaftlichen Aktivitäten der TNCs sind auf wenige Bereiche konzentriert. Über die Hälfte der

²² Vgl. dazu: Litvin, Daniel (2003) *Weltreiche des Profits. Die Geschichte von Kommerz, Eroberung und Globalisierung*. München.

Umsätze der Top 200 entfällt auf die fünf Bereiche: Handel, Automobile, Bankwesen, Einzelhandel und Elektronik.

Die 10 größten Transnationalen Konzerne (nach Marktkapitalisierung in Mrd. \$):

1. General Electric (USA)	372,1
2. Microsoft (USA)	326,6
3. Exxon Mobil (USA)	299,8
4. Wal-Mart (USA)	273,2
5. Citigroup (USA)	255,3
6. Pfizer (USA)	249,0
7. Intel (USA)	203,8
8. BP (GB)	200,8
9. Johnson & Johnson	197,9
10. Royal Dutch/Shell (NL/GB)	189,9

Quelle: Financial Times (9.5.2002)

Der ökonomische Vorteil der TNCs liegt in der „Möglichkeit zur Kostensenkung durch Ausnutzung billiger Roh- und Betriebsstoffe oder günstiger Transportkosten, der Ausnutzung oder Erpressung von staatlichen Investitionsprogrammen und Steuervorteilen, der Umgehung von Handelsbeschränkungen durch die Verlagerung der Produktion in die potentiellen Abnehmerländer oder Staaten, mit den größt möglichen Zugeständnissen, mangelnden gesetzlichen Hemmnissen, den billigsten Arbeitskräften usw.“²³

2. Einfluss der TNCs auf die Politik der Nationalstaaten

Über den tatsächlichen Einfluss der TNCs auf nationale Politiken gibt es unterschiedliche Ansichten. Die Macht der TNCs beruht nicht nur unmittelbar auf ihrer Position als meist größte Hersteller oder Dienstleister, sondern darauf, dass sie Marktstrukturen beeinflussen können. So wird die Produktionsbranche inzwischen von transnationalen Unternehmen dominiert. Wirtschaftliche Macht verhilft den transnationalen Unternehmen auch zu politischer Macht und ermöglicht ihnen so auch politische Einflussnahme. Transnationale Unternehmen lancieren immer wieder umfangreiche formelle und informelle Kampagnen zur Durchsetzung von Deregulierungs- und Liberalisierungsmaßnahmen, deren Schwerpunkt die

²³ Lexikon der Wirtschaft, verfügbar unter: <http://www.subventionsberater.de>, 12.11.2003.

Privatisierung ist. Sie üben direkten oder indirekten Einfluss auf Entscheidungsprozesse aus.

Darüber hinaus strukturieren sie auch einen Teil der Bedingungen, unter denen Entscheidungsprozesse ablaufen, insbesondere im wirtschaftspolitischen Bereich und noch wichtiger, sie beeinflussen die Allokation von Werten: Sie entscheiden nicht nur über die Verteilung und den Einsatz von Kapitalwerten im Rahmen von Tochtergesellschaften, sondern auch über Finanzmittel, Waren, Märkte, Technologien, Arbeitskräfte, Wertvorstellungen und Verbrauchergewohnheiten:

TNCs entscheiden zu einem großen Teil auch über den Zugang zu Märkten. Der überwiegende Teil des Technologietransfers und die internationale Wanderbewegung von Fachkräften auf der Fach- und Führungsebene werden als firmeninterner Transfer abgewickelt.

Über die Produktion und den Verkauf über Tochtergesellschaften, durch Werbung und Medien wird das Verbraucherverhalten anderer Länder mitgeprägt und soziale und kulturelle Verhaltensweisen beeinflusst.

So nehmen transnationale Unternehmen Einfluss und profitieren gleichzeitig von den Privatisierungsmaßnahmen im Heimatland und im Ausland. Ihr Einfluss auf verschiedenen Ebenen dient ihren wirtschaftlichen Interessen, und das erklärt auch, warum Großaufträge im öffentlichen Sektor meistens an die in den fortschrittlichsten Marktwirtschaften ansässigen großen transnationalen Unternehmen vergeben werden:

- Große transnationale Unternehmen pflegen enge Beziehungen zu der Regierung ihres jeweiligen Landes und sind teilweise oder ganz selbst in Staatsbesitz;
- transnationale Unternehmen gelten als wichtige Faktoren für die Wirtschaft ihres Heimatlandes, weshalb Regierungen ihnen möglichst freie Hand lassen, damit sie wachsen und noch rentabler werden können;
- die Aktivitäten der transnationalen Unternehmen in anderen Ländern werden oft als nützlicher verlängerter außenpolitischer Arm der Regierung im Heimatland angesehen, wobei es keine Rolle spielt, ob es sich um ein privates oder staatliches Unternehmen handelt;

- die Regierungen der mächtigsten Marktwirtschaften bestimmen die Wirtschaftspolitik der wichtigsten multilateralen Geldinstitute wie Weltbank, Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung und regionale Entwicklungsbanken;
- diese multilateralen Geldinstitute zwingen den verwundbaren Wirtschaften in den Entwicklungsländern sowie in Mittel- und Osteuropa eine Wirtschaftspolitik auf, die sich vorwiegend auf Privatisierung und direkte ausländische Investitionen konzentriert. Große transnationale Unternehmen haben außerdem sehr viel Erfahrung im Abschluss von Verträgen zu ihren Gunsten.

Auch die Lobbyarbeit der TNCs hat sicher einen gewissen Einfluss. Zusammenschlüsse wie die UNICE (Union of Industrial and Employers Confederations of Europe – Dachorganisation aller europäischen Arbeitgeberverbände) oder der ERT (European Round Table of Industrialists – Zusammenschluss der Chief Executives der größten europäischen TNCs) versuchen etwa mittels Lobbyarbeit, Abhaltung von Fachkonferenzen, Positionspapieren zu bestimmten Themen etc. Einfluss auf die europäische Kommission und die von ihr formulierte Handelspolitik auszuüben. TNCs werden daher im politikwissenschaftlichen Diskurs als neue Machtzentren identifiziert, an deren Bedürfnissen sich die Politik der nationalen Regierungen auszurichten hat. So kommt etwa van Apeldoorn in seiner Analyse des ERT zu dem Schluss, dass sich der ERT zu einer zentralen Eliten-Organisation entwickelt hat, über die die Interessen einer transnationalen kapitalistischen Klasse artikuliert und definiert und gegenüber den europäischen Institutionen wie auch in der öffentlichen Diskussion propagiert werden.²⁴ Insofern hat der ERT bei der neoliberalen Transformation der europäischen Ordnung eine signifikante Rolle gespielt. Die gerade von den TNCs vorangetriebene neoliberale Globalisierung bringt auch eine zunehmende Deregulierung mit sich und führt somit zu einer Schwächung der politischen Gestaltungsmacht der Nationalstaaten.²⁵

²⁴ Vgl. van Apeldoorn, Bastiaan (2000) *Transnationale Klassen und europäisches Regieren: Der European Round Table of Industrialists*. In: Bieling, Hans-Jürgen/ Steinhilber, Jochen (Hrsg.): *Die Konfiguration Europas. Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie*. Münster, S. 189-221.

Besonders die Möglichkeit größerer Kapitalmobilität haben die Verhandlungsposition und Macht der TNCs verstärkt. Waren die multinationalen Konzerne *„unter den Bedingungen einer vorherrschend noch auf den nationalstaatlichen Raum bezogenen Regulierung fallweise noch zu sozialen Kompromissen gezwungen, so verleiht ihnen ihre globale Beweglichkeit und eine simple Drohung des Auswandens heute eine Position, die gegenüber Staat, Gewerkschaften und anderen gesellschaftlichen Gruppen immer bestimmender wird.“*²⁶

Im Gegensatz dazu sieht etwa Kisker die oft behauptete Mobilität des Kapitals als empirisch nicht wirklich bewiesen an, sondern als Strategie im öffentlichen Diskurs²⁷: durch das oftmalige Behaupten unbegrenzter Mobilität wird diese im öffentlichen Diskurs unwidersprochen hingenommen und als Faktum akzeptiert. Tatsächlich sind Phänomene der Deregulierung zu beobachten – nicht aber Phänomene der Entstaatlichung als solcher. Deregulierung wird von Kisker nicht als weniger Staat verstanden, sondern als weniger Sozialstaat, weniger sozial umverteiler Staat, weniger ökologischer Staat etc. Es werden durch Deregulierung also nur bestimmte Aspekte und Aufgaben des Staates zurückgedrängt, nicht aber der Nationalstaat als solcher. Tatsächlich brauchen auch TNCs und das Kapital einen Staat, der die allgemeinen materiellen wie immateriellen Produktionsvoraussetzungen bereitstellt.

Lobbyorganisationen der TNCs

Einen Versuch der Einflussnahme erreichen TNCs nicht nur durch ihr Drohpotential und ihre wirtschaftliche Macht, sondern auch mittels diverser Lobbyorganisationen, die auf nationaler wie internationaler Ebene versuchen, Politik in ihrem Sinn mitzugestalten. So gehören zu den Verhandlungsrunden im Rahmen der WTO sogenannte Expert Meetings, in denen die abzuschließenden Verträge vorformuliert werden. An diesen Treffen nehmen offizielle MitarbeiterInnen von TNCs

²⁵ Vgl. Altvater, Elmar/ Mahnkopf, Birgit (1996) *Grenzen der Globalisierung*. Münster.

²⁶ Hirsch, Joachim (1995) *Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus*. Berlin, S. 117.

²⁷ Vgl. Kisker, Klaus Peter (2000) *Kapitalkonzentration und die Rolle des Staates im Zeitalter der Globalisierung*. In: Bischoff, Joachim/ Boccara, Paul/ Zinn, Karl Georg u.a.: *Die Fusions-Welle. Die Großkapitale und ihre ökonomische Macht*. Hamburg, S. 75-99.

mit Experten-Status teil. Zudem sind TNC-MitarbeiterInnen oft Teil der nationalen Verhandlungsdelegationen etwa zum TRIPS- oder GATS-Vertrag.

International Chamber of Commerce (ICC)

Lobbyorganisation von über 7000 TNCs; Sitz in Paris; Lobbyarbeit bei 130 Einzelregierungen, der WTO und der UNO; Obmann ist Mitarbeiter von Nestle.

Transatlantic Business Dialog (TABD)

Netzwerk von Chief Executive Officers diverser europäischer und us-amerikanischer Konzerne; Ziel ist es, gemeinsam mit der EU-Kommission und der US-Verwaltung, Übereinkommen über die EU-US-Handelspolitik zu erzielen; Vorsitzende sind die Chief Executives von Warner und Daimler Benz.

World Economic Forum

Findet jährlich in Davos statt, wo im Rampenlicht der Öffentlichkeit VertreterInnen von Wirtschaft, Regierungen und transnationalen Organisationen zusammenkommen, um die wirtschaftliche Entwicklung zu diskutieren. Der Einfluss des WEF ist z.B. daran zu sehen, dass die Idee für die Uruguay-Runde des GATT hier ihren Ausgang nahm.

Korruption

Korruption oder andere ungesetzliche Praktiken sind oft Teil der Auftragsvergabe einer Regierung und der Privatisierung. Auf Grund ihrer Größe und wirtschaftlichen Macht sind große transnationale Unternehmen eher in der Lage, Privatisierungsmaßnahmen zu ihrem Vorteil zu nutzen und sich stillschweigend mit den ausschlaggebenden Stellen zu einigen. In den Ländern, die bereits die meiste Erfahrung mit der Privatisierung haben, kam es in großem Umfang zu Korruptionsfällen bei einer Vielzahl von Aufträgen und Ausverkäufen. Die Korruption führt erstens zu einer unverhältnismäßigen Verteuerung der Leistung; zweitens verfälscht sie demokratische Prozesse und eine rationale Entscheidungsfindung.

3. TNCs und der öffentliche Dienst

Ähnlich wie im Zusammenhang mit den NGOs ist auch bei den TNCs ein allmähliches Vordringen in ehemals staatliche Aufgabenbereiche zu beobachten. Dabei stehen für TNCs natürlich ökonomische Bereiche im Vordergrund. Mittlerweile decken Transnationale Unternehmen ein breites Spektrum innerhalb der öffentlichen Dienste ab, und zwar in drei Hauptbereichen:

- **allgemeine Dienstleistungen** - Gebäudereinigung, Gastronomie, IT, Finanzwesen;
- **Versorgung** - Wasser, Energie, Telekommunikation und Transportwesen;
- **öffentliche Dienste** - im Umweltbereich z.B. Müllabfuhr, Gesundheitswesen, Gefängnisse, Wohnungswesen, soziale Dienste, usw.;
- Der Trend zu einer branchenübergreifenden Unternehmenstätigkeit ist immer stärker zu beobachten wie z.B. Générale des Eaux: In Frankreich ist dieses Unternehmen in der Wasserversorgung, im Bau- und Umweltschutzsektor sowie in den Bereichen Fernsehen, Gastronomie, Bus- und Bahnverkehr, Autobahnen und Stromerzeugung und in der Bildung tätig.

Die neoliberale Theorie nennt folgende Vorteile der Privatisierung:

- mehr Wettbewerb;
- mehr Flexibilität und bessere Möglichkeiten für ArbeitnehmerInnen;
- weniger Bürokratie;
- erhöhte Finanzierung aus privater Hand zur Entlastung der öffentlichen Kassen;
- modernes Management.

Tatsächlich sind folgende Phänomene zu beobachten:

- öffentliche Garantien für private Unternehmen;
- geringe oder gar keine Rechenschaftspflicht vor Ort, was ein geringeres Maß an Regulierung zur Folge hat;
- Kartells, Unternehmenszusammenschlüsse und Korruption;
- Vermeidung von Konkurrenz aus dem öffentlichen Sektor;
- Vernichtung von Arbeitsplätzen oder schlechtere Arbeitsbedingungen.

Die Expansion transnationaler Unternehmen in den ehemals öffentlichen Bereich und auf internationaler Ebene erfolgt schrittweise vermittels unterschiedlicher Strategien. Transnationale Unternehmen haben z.B. bestimmte öffentliche Dienste in ihrem Heimatland übernommen und sind dann im Zuge weiterer Privatisierungsmaßnahmen in andere Länder expandiert. Es kann sich auch um Unternehmen handeln, die in einem bestimmten öffentlichen Dienst, der zunehmend privatisiert wird, eine gute Investitionsmöglichkeit sehen.

- **Firmenübernahmen:** Bsp.: Rentokil kaufte BET. Es entstand damit eines der größten Dienstleistungsunternehmen in Europa.
- **Neue Unternehmen:** Sie werden sowohl von Elektrizitäts- als auch von Wasserversorgungsunternehmen gegründet. Alle deutschen Versorgungsunternehmen (RWE, Veba und Viag) haben Telekommunikationsunternehmen gegründet.
- **Käufe von dienstleistenden Strukturen im öffentlichen Sektor:** Im V.K. haben transnationale Unternehmen ganze Kommunal- und Regierungsbehörden gekauft. Bsp.: Eine Tochtergesellschaft von Générale des Eaux kaufte die nationale Behörde für Arbeitsschutz.
- **Joint Ventures:** Sie sind besonders für Versorgungsunternehmen der bevorzugte Einstieg in eine Region oder einen Markt, entweder mit einem Partner vor Ort oder zusammen mit einem anderen transnationalen Unternehmen.

Das Verhalten der transnationalen Unternehmen in den öffentlichen Diensten unterscheidet sich von dem in der Produktionsbranche, da sie meist nicht mit der Verlagerung ihrer Dienstleistungen in ein anderes Land drohen können - die Leistung muss vor Ort erbracht werden. Immer mehr Ausnahmen sind allerdings hier durch die Vertragsvergabe an Fremdfirmen im Bereich Verwaltung oder Informationstechnologie, insbesondere bei der Datenverarbeitung, zu beobachten.

Unternehmensberatungen, die oft selbst transnational arbeiten, unterstützen die transnationalen Unternehmen bei ihrem Einstieg in den privatisierten Dienstleistungsbereich.

In Ländern, wo sich ein radikaler politischer und wirtschaftlicher Wandel vollzieht, haben Unternehmensberater besonders großen Einfluss. Beauftragt werden sie von Regierungen oder multilateralen Institutionen, z.B. der Weltbank, der Internationalen Finanzierungsgesellschaft (IFC) oder der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, um bei der wirtschaftlichen Umstrukturierung allgemein und insbesondere im Zuge der Privatisierung beratend tätig zu werden.

4. Internationale Handelsabkommen

In den meisten Ländern ebnete die Ausweitung internationaler Handelsabkommen den transnationalen Unternehmen den Einstieg in die öffentlichen Dienste. Im Januar 1995 begann die Welthandelsorganisation (WTO) mit der Umsetzung der nach langen Verhandlungen (1986-1994) erzielten Beschlüsse der Uruguay-Runde unter dem Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (GATT). Eine Mitgliedschaft in der WTO ist nicht grundsätzlich für alle Länder offen, die einzelnen Regierungen müssen zunächst ihr Engagement für eine liberale Volkswirtschaft in Form von wirtschaftlichen Reformen belegen, wobei meistens die Privatisierung eine vorrangige Rolle spielt.

Die WTO regelt den Handel mit fast allen Dienstleistungen und Gütern. Die WTO-Vereinbarung über das Beschaffungswesen für Regierungen bezieht sich auf den Einkauf und auf Dienstleistungsverträge, die einen bestimmten Wert übersteigen, und zwar je nachdem, auf welcher Stufe die Regierung daran beteiligt ist, sei es zentral, landesweit oder auf kommunaler Ebene. Auch hier gilt - wie im privaten Sektor -, dass ausländische Anbieter gegenüber einheimischen Anbietern nicht benachteiligt werden dürfen.

5. Schlussbemerkungen

Wie auch im Falle der NGOs kann eine zunehmende Einflussnahme transnationaler Unternehmen auf politische Entscheidungen – vor allem im Bereich der Wirtschaftspolitik – festgestellt werden. Besonders im Bereich der Deregulierung und Liberalisierung ehemals staatlicher Aufgaben und deren Delegation an private Unternehmen haben sich TNCs zur Speerspitze einer neoliberalen Bewegung

gemacht. Trotzdem bleibt die These vom totalen Rückzug des Staates aus allen Bereichen – die dann von privaten Unternehmen übernommen werden können – nicht unumstritten. „Staatszerfall“ ist im Bereich sozialer und öffentlicher Leistungen zu konstatieren, bzw. Staatlichkeit steht in diesen Bereichen – auch durch geplante internationale Abkommen wie das GATS – vor einer substantiellen Zurückdrängung. Auf die Staatlichkeit in der Form eines Staates, der die internationalen Abkommen verhandelt, umsetzt und auf ihre Einhaltung achtet, der die Infrastruktur und Sicherheit für ökonomische Aktivitäten bereitstellt, werden wohl auch transnationale Unternehmen nicht verzichten können.

Bibliographie

-) Altvater, Elmar/ Mahnkopf, Birgit (1996) *Grenzen der Globalisierung*. Münster.
-) Altvater, Elmar/ Brunnengräber, Achim (2002) *NGOs im Spannungsfeld von Lobbyarbeit und öffentlichem Protest*. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 6-7, 8. Februar 2002. S. 6-14
-) Brand, Ulrich (2000) *Nichtregierungsorganisationen, Staat und ökologische Krise*. Münster.
-) Brand/ Brunnengräber/ Schrader/ Stock/ Wahl (2002) *Global Governance: Alternativen zur neoliberalen Globalisierung? Studie der Heinrich-Böll-Stiftung und WEED*, Münster.
-) Brown, John (2001) *Governance- oder die politische Konstitution des Neoliberalismus*. In: SOZ- Sozialistische Zeitung, Nr.11, 23.05.2001, S. 7.
-) Demirovic, Alex (1998) *NGOs und die Transformation des Staates*. In: Kurswechsel, Nr. 4/1998.
-) Deppe, Frank (2003) *Politisches Denken im 20. Jahrhundert*. Band 2: Politisches Denken zwischen den Weltkriegen, Hamburg.
-) Edwards, Michael/ Hulme, David (1992) *Scaling-up the developmental impact of NGOs and development in a changing world*. London.
-) Glagow, Manfred (1993) *Die Nichtregierungsorganisationen in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit*. In: Nohlen, Dieter/ Nuscheler, Franz (Hg.) Handbuch der Dritten Welt. Band 1. Bonn.
-) Hirsch, Joachim (1995) *Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus*. Berlin.
-) Holert, Tom/ Terkessidis, Mark (2002) *Entsichert. Krieg als Massenkultur im 21. Jahrhundert*. Köln.
-) Kettner, Matthias (1995) *Die Angst des Staates vorm Einspruch der Bürger. Die Legitimität von „Nichtregierungsorganisationen“ und die Medien der öffentlichen Gesellschaft*. In: Frankfurter Rundschau vom 17.10.1995, Seite 12.
-) Kisker, Klaus Peter (2000) *Kapitalkonzentration und die Rolle des Staates im Zeitalter der Globalisierung*. In: Bischoff, Joachim/ Boccara, Paul/ Zinn, Karl Georg u.a.: *Die Fusions-Welle. Die Großkapitale und ihre ökonomische Macht*. Hamburg, S. 75-99.
-) Litvin, Daniel (2003) *Weltreiche des Profits. Die Geschichte von Kommerz, Eroberung und Globalisierung*. München.
-) Lochbihler, Barbara (2002) *Die Einflussnahme von NGOs auf die internationale Menschenrechtspolitik*. In: Wilems, Ulrich (Hg.) *Demokratie auf dem Prüfstand*. Opladen.
-) Moßmann, Peter (1994) *Nichtregierungsorganisationen als quasi-föderale Stütze für Demokratie und relativ autonome Entwicklung?* In: Hanisch, Rolf et al. (Hg.). S. 177-191.
-) Neubert, Dieter (1997) *Entwicklungspolitische Hoffnungen und gesellschaftlich Wirklichkeit. Eine vergleichende Länderfallstudie von Nicht-Regierungs-Organisationen in Kenia und Ruanda*. Frankfurt/ New York.
-) Nohlen, Dieter (Hg.) (o.J.) *Lexikon der Politik*, Bd. 7: Politische Begriffe, München. Schlagwort: „Zivilgesellschaft“.

-) Pearce, Jenny (2000) *Development in Practice Readers – Development NGOs, and Civil Society*. Oxford.
-) Public Services Privatisation Research Unit (o.J.) *Transnationale Unternehmen in den öffentlichen Diensten*, verfügbar unter: [http://www.world-psi.org/psi.nsf/WebAllMessages/6624BC1BDA13F540C12568670000E0FF/\\$FILE/DE_Transnationale_unternehmen_in_den_oeffentlichen_diensten.pdf?OpenElement](http://www.world-psi.org/psi.nsf/WebAllMessages/6624BC1BDA13F540C12568670000E0FF/$FILE/DE_Transnationale_unternehmen_in_den_oeffentlichen_diensten.pdf?OpenElement)
- 17.11.2003.-) Schrader, Lutz *Eine neue Gesellschaft. CDU- Verteidigung der NGOs in Sicht? Dreifache demokratische Legitimation auch ohne Wahlen und Parlamente*, verfügbar unter: www.freitag.de/2000/05/00051201.html, 17.11.2003.
-) Schramm, Jürgen (1995) *The Role of Non-Governmental Organizations in the new European Order*. Baden-Baden.
-) STIFTUNG ENTWICKLUNG UND FRIEDEN (Hg.) (1999) *Globale Trends 2000. Fakten, Analysen, Prognosen*. Frankfurt/Main.
-) STIFTUNG ENTWICKLUNG UND FRIEDEN (Hg.) (2001): *Globale Trends 2002. Fakten, Analysen, Prognosen*. Frankfurt/Main. S. 392 f
-) Tribune of the European Civil Society, verfügbar unter: www.europa-jetzt.org, 17.11.2003.
-) van Apeldoorn, Bastiaan (2000) *Transnationale Klassen und europäisches Regieren: Der European Round Table of Industrialists*. In: Bieling, Hans-Jürgen/ Steinhilber, Jochen (Hrsg.): *Die Konfiguration Europas. Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie*. Münster, S. 189-221.
-) Wahl, Peter (o.J.) *NGOs als Akteure im Prozess der Globalisierung*, verfügbar unter: http://www.bundestag.de/gremien/welt/weltto/weltto115_stell002.pdf, 17.11.2003